

Europagespräche des Instituts für Geschichte, Stiftung Universität Hildesheim

31.01.2011 – Guido Thiemeyer: Die europäische Währungsunion und ihre Geschichte vor dem Hintergrund der Griechenland-Krise

(Paris)

Es gilt das gesprochene Wort!

Die Geschichte der europäischen Einheitswährung reicht viel weiter zurück als gemeinhin bekannt ist. Bereits Ende der 1960er Jahren gab es dazu bereits Überlegungen in den Europäischen Gemeinschaften. In den 1970er Jahren ist ein Ausschuss zur Bildung einer Währungsunion unter Leitung des Luxemburger Premierministers Pierre Werner aktiv gewesen. Bundeskanzler Helmut Schmidt und Frankreichs Staatspräsident Valéry Giscard d'Estaing handelten 1978/79 das Europäische Währungssystem aus, das eine Vorstufe des heutigen Euro bildete. Dieser wurde 1999 Buchgeld und 2002 als Bargeld in den Umlauf gebracht.

Zu diesem Thema spricht im Rahmen der "Europagespräche" der vormals an den Universitäten Kassel, Siegen und Köln aktive Professor für Geschichte Dr. Guido Thiemeyer von der Université Cergy Pontoise in Paris. Der Vortrag wird die wirtschaftlichen und politischen Wurzeln der Währungsunion offenlegen. Ein zweiter Teil behandelt die Krise der Währungsunion, beginnend mit den Krisen um Griechenland und Irland sowie die Reaktion der europäischen Regierungen und der EU. Vor diesem Hintergrund werden auch Lösungsmöglichkeiten der Krise erörtert.

Guido Thiemeyer studierte Geschichtswissenschaften, Philosophie und Volkswirtschaftslehre an der Universität zu Köln, wo er 1997 mit der Arbeit „Vom Pool Vert zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Europäische Integration, Kalter Krieg und die Anfänge der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik 1950–1957“ bei Jost Dülffer promoviert wurde. Er war Stipendiat des Deutschen Historischen Instituts in Paris und des Kulturwissenschaftlichen Institut des Landes Nordrhein-Westfalen in Essen. Von 1998 bis 2004 war Thiemeyer wissenschaftlicher Assistent am Lehrstuhl für Europawissenschaften an der Universität Kassel tätig. 2004 habilitierte er sich in Kassel mit einer Arbeit über „Internationalismus und Diplomatie. Währungspolitische Kooperation im Europäischen Staatensystem 1865–1900“. Gastprofessuren nahm er an den Universitäten Innsbruck (Österreich) und Metz (Frankreich) wahr. Von 2004 bis 2007 war er Lehrstuhlvertreter an der Universität Siegen. Hauptforschungsgebiet ist die internationale Geschichte, insbesondere die Geschichte der europäischen Integration.

Thiemeyer beginnt seine Ausführungen mit dem Hinweis, dass Historiker meist erst nach 30 Jahren zu „aktuellen“ Themen Bezug nähmen, da dies die gewöhnliche Freigabefrist von Dokumenten sei. Er werde sich im Rahmen seines Vortrags weiter in die Gegenwart – und sogar in die Zukunft – vorwagen, bitte jedoch darum, seine Äußerungen entsprechend als noch nicht durch entsprechende Quellen belegbar zu werten.

Er kündigt an, über die Hintergründe der gegenwärtigen Krise zu referieren, die keineswegs eine „Euro-Krise“ sei, sondern vielmehr eine Staatsverschuldungskrise.

Thiemeyers Vortrag gliedert sich in drei große Abschnitte:

I. Gründe für die europäische Währungsunion

II. Gründe für die Verschuldungskrise

III. Diskussion von Lösungsmöglichkeiten

I. Gründe für die europäische Währungsunion

Der Redner sieht dreierlei Motive und Antriebskräfte für die Währungsunion: 1. die Verflechtung von Märkten, 2. der europäische Wille zur Selbstbehauptung in der Welt und 3. die Deutsche Frage in Europa. Der erste Grund ist also ökonomischer, die anderen beiden sind politischer Natur.

I.1. Verflechtung der Märkte

Märkte, so Thiemeyer, seien komplexe Gebilde, tendieren aber stets dazu, Monopole auszubilden. Seit dem 19. Jahrhundert gab es immer eine globale Leitwährung. Ursprünglich war dies das goldgebundene britische Pfund (£), denn Großbritannien übte damals eine politische und wirtschaftliche Macht aus, die über die heutige Rolle der USA noch weit hinaus ging. Großbritannien vermochte diese Stellung bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges zu behaupten (1914), doch unter der Last der Kriegsfinanzierung zerbrach dieses erste internationale Währungssystem. Es folgte zunächst eine währungspolitisch chaotische Phase, bis nach dem Zweiten Weltkrieg schließlich die USA mit ihren großen Goldreserven und dem US-Dollar (\$) die Rolle einer globalen Leitwährung übernahmen. Dies änderte sich erst in den 70er Jahren, als auch die Deutsche Mark und der japanische Yen bedeutsam wurden. Eine wirkliche Konkurrenz jedoch wurde 2002 erst der Euro (€), weil die wirtschaftliche Dominanz der USA nicht mehr unbestritten war.

Was, fragt Thiemeyer, macht eine Leitwährung aus? – Sie muss zwei Kriterien erfüllen: erstens Stabilität und zweitens internationale Bedeutung des dahinter stehenden Raumes.

Im westeuropäischen Raum, erläutert Thiemeyer, habe es allerdings vor Einführung des Euro schon eine eigene Leitwährung gegeben: Die D-Mark. Eine globale Führungsrolle habe die westdeutsche Finanzwirtschaft allerdings nicht innegehabt.

I.2. Der europäische Wille zur Selbstbehauptung in der Welt

Ab Mitte der 60er Jahre kam der US-\$ in seine erste Krise als Leitwährung. Der Vietnamkrieg wurde extrem teuer und verursachte in den USA Inflationsprobleme. Eine gewisse Arroganz der US-amerikanischen Finanz-Chefs gegenüber ihren europäischen Partnern verstärkte deren Bemühungen, durch eine europäische Währungsunion ein Gegengewicht zum US-\$ aufzubauen. Helmut Schmidt warf Jimmy Carter *expressis verbis* vor, dass die USA ihre Führungsverantwortung versäumten.

Der erste Schritt hin zu einer europäischen Währungsunion wurde initiiert von Schmidt und Valéry Giscard d'Estaing. Er bestand in einer weitgehenden Festlegung der Wechselkurse, die sich nur noch in bestimmten Margen bewegen sollten. Dieser Ansatz wurde konsequent

weitergedacht und mündete schließlich in die Entwicklung des Euro, der 1999 zunächst als Buchgeld und ab 2002 auch als Bargeld eingeführt wurde.

I.3. Die Deutsche Frage

Der Euro, so Thiemeyer, war integrierender Bestandteil der politischen Ordnung nach der deutschen Einigung. Er hat die Staatenordnung in Europa ab 1989/90 erheblich gestärkt. Dieser Punkt, betont Thiemeyer, und dies stellt den innovativen Kern seines Vortrages dar, wird in Frankreich zwar sehr wohl, in Deutschland aber viel zu wenig beachtet. Deutschland wuchs nach seiner Vereinigung eine Führungsmacht innerhalb der EU zu, es war und ist aber nicht stark genug, um Europa allein zu führen. Dieses Problem – die Deutsche Frage – ist keineswegs neu.

Europäische Ordnungen wie der Wiener Kongress waren sich seiner bewusst: 1815 verhinderte man absichtlich einen deutschen Nationalstaat, der in Europa übermächtig gewesen wäre. Doch bedachte man das deutsche Nationalbewusstsein nicht. Bismarck versuchte beides miteinander zu versöhnen. Er setzte die kleindeutsche Lösung durch und schuf ein halbhegemoniales Deutschland, das er für nicht-expansionsorientiert („saturiert“) erklärte. Doch die Außenpolitik wurde für das Hohenzollernreich zunehmend kompliziert und schwierig – vor allem, nachdem Wilhelm II. die Parole „Expansion oder Untergang“ ausgab. Es kommt einem kleinen Wunder gleich, meint Thiemeyer, dass das Reich nach dem Ersten Weltkrieg im Prinzip bestehen blieb. Die Begrenzung und Isolation Deutschlands scheiterte jedoch wiederum an der Unterschätzung des deutschen Patriotismus, der sich nun im „Furor des Nationalsozialismus“ Bahn brach. Hier sehe man wiederum klar, erläutert der Redner, dass Expansion für Deutschland Selbstzerstörung bedeute. Für eine hegemoniale Stellung innerhalb Europas sei Deutschland zu schwach.

Es folgten die deutsche und die europäische Teilung. Die Siegermächte hatten nun aber auch gelernt, dass man Deutschland integrieren musste – und zwar auf der Ebene der Gleichberechtigung. Nicht nur die Westmächte integrierten so die Bundesrepublik, sondern ähnlich wurde die DDR auch im Ostblock integriert. Die Deutschen akzeptierten diese Ordnung eher als sie den Vertrag von Versailles akzeptiert hatten.

Am 04. Januar 1990 äußerte Mitterand gegenüber Kohl, dass die Deutsche Frage nun erstmals einer Lösung nahekomme. Es gebe eine gleichberechtigte Verbindung Deutschlands und Frankreichs in Europa. Bush sen. sah dies ähnlich. Kohl meinte hierauf klarsichtig, dass (damals) 62 Millionen Bundesbürger und 17 Millionen DDR-Bürger zu viele Deutsche für Europa seien. Die Integration müsse unbedingt vertieft werden, um die Deutsche Frage nicht wieder aufzuwerfen. Es müssten neue Instrumente der Einbindung Deutschlands in Europa geschaffen werden. Und von Deutschland müsse auch eine Selbsteinbindung ausgehen. Deutschland könne nur existieren, wenn es gleichberechtigt mit allen anderen europäischen Staaten agiert. Alle bundesdeutschen Außenpolitiker sahen dies so.

II. Gründe für die Verschuldungskrise

Die aktuelle Finanzkrise, führt Thiemeyer aus, trifft tendenziell alle EU-Staaten, wenn auch Griechenland, Portugal u.a. schwerer als Deutschland. In den USA wurde sie allenfalls ausgelöst, die Ursachen lägen in den zu hohen Staatsverschuldungen. (In Griechenland lagen

die Ausgaben mindestens 13% über den Einnahmen des Staates. Außerdem habe es dort mit geschätzten 40% eine große „Schattenwirtschaft“ – am Fiskus vorbei – gegeben. Irland galt zwar als „Musterschüler“, doch seine Wirtschaft wies eine einseitige Ausrichtung auf den Finanzdienstleistungssektor auf.) Die extrem hohen Verflechtungen der internationalen Finanzmärkte führen zu ebenso extrem hohen Abhängigkeiten. Entscheidend, betont der Vortragende, sei, dass es sich nicht um eine Euro-Krise handle – jedenfalls nicht im Kern. Daran, dass beispielsweise auch Großbritannien sich an den „Rettungsschirmen“ beteilige, sehe man deutlich: Der Euro ist nicht das Problem.

III. Diskussion von Lösungsmöglichkeiten

Thiemeyer sieht vor allem folgende drei Lösungsoptionen: 1. den Ausschluss von Problemstaaten aus der Gemeinschaftswährung, 2. die Auflösung des Euro oder 3. den Ausbau von Rettungsfonds und Eurobonds.

III.1. Ausschluss von Problemstaaten aus der Gemeinschaftswährung

Diese von Angelika Merkel (in einem Nebensatz!) angedachte Lösung wäre wirtschaftspolitisch vernünftig. Die entsprechenden Staaten wären gezwungen, wieder nationale Währungen einzuführen, die dann abgewertet werden könnten. Dies würde ihr Exportprogramm ankurbeln. Allerdings wären dann auch die Kapitalanlagen der Gläubiger (nicht zuletzt Deutschlands) weg. Da hier auch Banken und Versicherungen (Lebensversicherungen) involviert sind, hätte ein solcher Schritt weitreichende Folgen nicht nur für die ausgeschlossenen Staaten. Merkels Bemerkung löste jedoch unabhängig davon ein kleines Beben aus, das sie davon absehen ließ, sich nochmals dahingehend zu äußern: Im europäischen Ausland sah dies als hegemoniales Gebaren von deutscher Seite.

III.2. Auflösung des Euro

Diese Option könnte dazu führen, dass es in Europa wieder zwei Leitwährungen gebe: die D-Mark und den Franc. Obwohl auch dieser Lösungsansatz wirtschaftlich sinnvoll wäre, ist er vor dem politischen Hintergrund der Deutschen Frage aber ebenfalls zu kurz gegriffen.

III.3. Ausbau von Rettungsfonds und Eurobonds

Die Rettungsfonds für Griechenland und Irland betragen zur Zeit eine Summe von 750 Milliarden €. Es handelt sich hierbei freilich nicht um Geschenke, sondern um Kredite. Unklar ist, ob sich diese wegen der Zinsen als gutes Geschäft oder wegen des hohen Risikos als „teurer Spaß“ entpuppen werden. Die betroffenen Staaten sind keineswegs erfreut über die Maßnahmen, da die Rettungsschirme für sie einen herben Verlust an finanzpolitischer (und damit nationaler) Souveränität bedeuten. Unter der Hand habe die EU auf diese Weise eine enorme Kompetenzerweiterung erfahren, hebt Thiemeyer hervor. Man könnte auch sagen, dass die Rettungsschirme einen gewaltigen Integrationsschub für die EU bedeuten. Sie stellen also eigentlich keine EU-Krise dar, sondern eine Stärkung der Integration.

Mit den Eurobonds verhält es sich so, dass einige EU-Staaten (v.a. Deutschland) über eine sehr gute Bonität verfügen, andere hingegen nicht. Für erstere sind Kredite billig, für letztere nicht. Dies führt zu einem gewissen Teufelskreis. Die Eurobonds sehen eine europäische

Kofinanzierung vor, die dann erst die Verteilung der Kredite vornimmt. Für Deutschland wäre dies natürlich teurer – und ist deshalb deutscherseits unerwünscht.

Fazit

Der Redner schließt seinen Vortrag mit der Einschätzung, dass die Auflösung der europäischen Währungsunion in den kommenden Jahren sehr unwahrscheinlich ist.

In der anschließenden Diskussion gibt Thiemeyer nochmals seiner Überzeugung Ausdruck, dass die Integration Deutschlands auch nach 1990 sehr gut gelungen ist. Mit dem Euro könne Deutschland zufriedener sein als mit der D-Mark. Das halbhegemoniale Gleichgewicht sei kompliziert, aber ziemlich stabil.

Thiemeyer gibt zu, dass die EU auf eine Transferunion hinsteuert. Er würde sich hier mehr politische Offenheit und Ehrlichkeit wünschen. Es ginge allerdings weniger um Solidarität, als vielmehr um handfeste eigene Interessen.

China sieht Thiemeyer in der öffentlichen Debatte überschätzt. Er glaubt, dass die Volksrepublik „in den nächsten 10 Jahren“ in eine sozio-politische Schiefelage geraten wird. Auch sei die USA derzeit wirtschaftlich noch „zehnmal stärker“ als China. Letztlich aber habe China kein für andere politisch attraktives System. Wer jedoch global mitspielen wolle, der brauche ein solches.